

Antrag

der Abgeordneten Robert Heinemann, Hartmut Engels, Henning Finck, Marino Freistedt, Dittmar Lemke, Marita Meyer-Kainer, Egbert von Frankenberg (CDU) und Fraktion

Betr.: Hamburger Bekenntnis zur Bildungsvielfalt

Führende Wissenschaftler, Pädagogen und Bildungspolitiker haben am 22. November 2007 in der Wochenzeitung „Die Zeit“ eine Resolution **„Für eine Reform des Schulsystems in Deutschland“** veröffentlicht.

Darin heißt es unter anderem:

„Das Bildungssystem in Deutschland ist in Gefahr, den Anschluss an die internationale Entwicklung zu verlieren. Der Anteil von Abiturienten ist zu klein, der von Jugendlichen ohne einen Schulabschluss zu groß. **Ein entscheidender Grund hierfür ist die seit Jahrzehnten schwelende Auseinandersetzung für und wider die Gesamtschule. Sie hat zu einer Lähmung vieler bildungspolitischer Aktivitäten geführt.**

Wir appellieren an die Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitiker in Bund und Ländern, diese Blockade zu überwinden und eine parteiübergreifende Einigung über die Reform des Schulsystems in der Sekundarstufe zu erzielen. (...)

Wir plädieren dafür, Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen zu einer einheitlichen Schulform neben dem Gymnasium zusammenzufassen. Ziel der neuen Schulform sollte es sein, möglichst alle Schülerinnen und Schüler zu einem ersten Bildungsabschluss und möglichst viele zu einem mittleren Abschluss oder zur Hochschulreife zu führen. Dazu braucht die neue Schulform eine eigene Oberstufe, die sich aus der engen Kooperation mit Fachoberschulen, Fachgymnasien, Berufskollegs und weiteren Einrichtungen neben der Gymnasialen Oberstufe bilden lässt. (...)

Die pragmatische „Zwei-Wege-Lösung“ bietet alternative Zugänge zu allen Schulabschlüssen. Sie wird nach unserem Urteil für Aufbruchstimmung im Schulsystem und für die dringend notwendigen neuen Förderimpulse für Schülerinnen und Schüler aus allen sozialen Bevölkerungsgruppen sorgen.

Die hier skizzierte Reform des Schulsystems greift eine bereits erkennbare Entwicklung auf, die damit steuerbar und gestaltbar wird. Sie überwindet einen wissenschaftlich überholten Begabungsbegriff und setzt auf individuelle Leistungsfähigkeit jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen. Sie vermeidet Überforderungen des Reformprozesses, indem sie am bestehenden System ansetzt. Deshalb plädieren wir für diese maßvolle Schulreform. Ihre Umsetzung würde einen wichtigen Nebeneffekt haben und die politische Glaubwürdigkeit der Volksparteien stärken. Keine Partei wird durch diesen Kompromiss ihren profilierenden Einfluss auf die Bildungspolitik verlieren. Die wirklichen Gewinner aber sind die heute benachteiligten Schülerinnen und Schüler.“

Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:

1. Zum 1. August 2009 soll gemäß den Empfehlungen der Enquete-Kommission in Hamburg eine zweigliedrige Schulstruktur aus Stadtteilschule und Gymnasium entstehen. Die neue Schulstruktur muss „langfristig angelegt sein, um eine Bereitschaft zu notwendigen Veränderungen zu wecken und diese überhaupt wirksam werden zu lassen“¹. „Die Gesamtevaluation des reformierten Schulsystems soll frühestens nach einem vollständigen Schülerdurchlauf durchgeführt werden“¹.
2. Die Bürgerschaft will die Gymnasien folglich nicht abschaffen, sondern weiterhin nach Klasse 4 die Eltern entscheiden lassen. Sie will gegen den Willen von Eltern und Schülern keine Umwandlung von Gymnasien in Stadtteilschulen und lehnt es ab, durch Veränderungen bei der Schullaufbahnentscheidung ein „Gymnasium für alle“ durch die Hintertür einzuführen. Am Ende von Klasse 6 treffen die Schulen nach Beratung mit den Eltern daher auch künftig alleine die Entscheidung über die weitere Schullaufbahn. Alle Gymnasien führen in 12 Jahren zum Abitur. Oberstufenverbünde oder -Zentren werden gegen den Willen der schulischen Gremien der betroffenen Schulen nicht eingerichtet. Die Oberstufe soll stets so strukturiert und ausgestattet sein, dass dreizügige Gymnasien auch künftig eigenständige Oberstufen führen können.
3. Die Bürgerschaft unterstützt dementsprechend nicht den Gesetzentwurf der Volksinitiative „Eine Schule für alle“.

¹ Einstimmiger Beschluss der Enquete-Kommission